

Binnenmarkt Schweiz – ein Muss auch für die Bauwirtschaft

Von Dr. Felix Schmid, Mitglied Geschäftsleitung des SBV und Mitglied der Kerngruppe «Öffentliches Beschaffungswesen» von bauenschweiz

Die Globalisierung der Wirtschaft, die Entwicklung einzelner Unternehmen hin zu immer grösseren Einheiten ist ein allgemeines Phänomen der neueren Zeit. Nicht jeder Wirtschaftszweig ist von dieser Entwicklung gleich betroffen. Die Bauwirtschaft ist stark auf den nationalen Markt ausgerichtet.

Grenzüberschreitende Aktivitäten von Bauunternehmen sind immer noch die Ausnahme, abgesehen von den wenigen global tätigen Bauunternehmen, welche weltweit Grossprojekte anbieten und in Eigenverantwortung planen, realisieren und allenfalls sogar betreiben (z. B. Flughafen Athen).

Politik im Rückstand

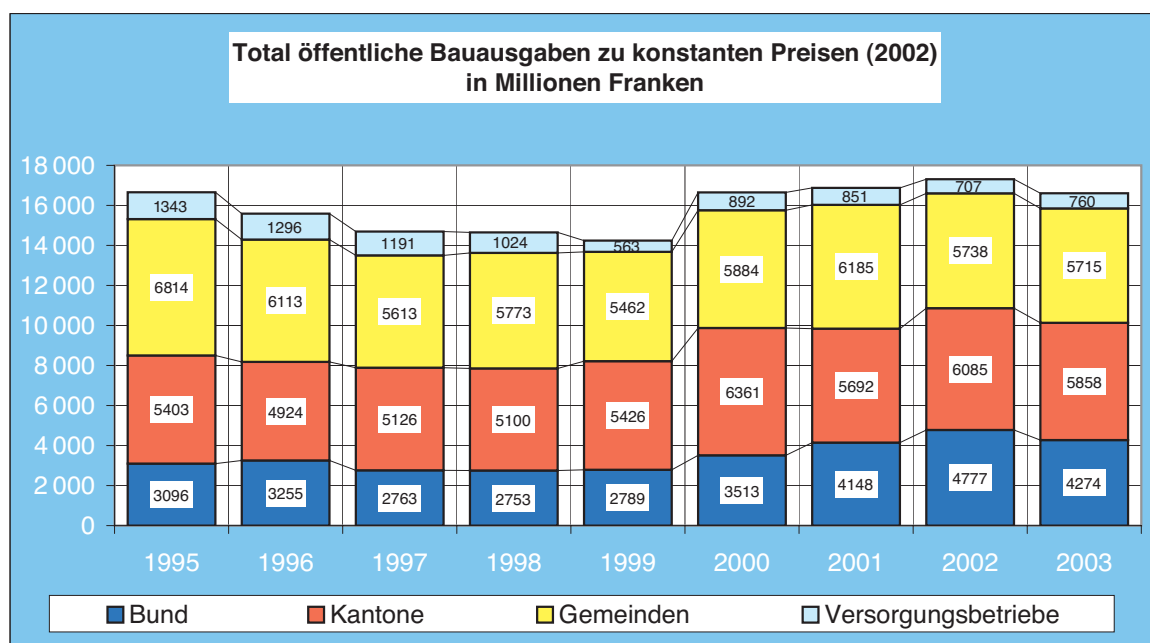
Die EU ist seit 20 Jahren dabei, einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt mit fast 500 Millionen Einwohnern zu schaffen. In ihrem Schatten bemüht sich die Schweiz,

vertraglich und im sog. autonomen Nachvollzug an diesem Prozess teilzuhaben. Weit schwieriger ist die Lage im Inland. Die Kantone und die Gemeinden halten manchmal aus nicht nachvollziehbaren Gründen an ihren Kompetenzen fest. In unserem Land werden nicht unbedeutende Kräfte eingesetzt, den fraktionierten «Binnenmarkt» mit etwas mehr als 7 Millionen Einwohnern in die Zukunft hinüberretten zu können! Das Binnenmarktgesetz von 1995 erwies sich als «Blindgänger» und wird im Augenblick neu aufgelegt. Ob das neue öffentliche Beschaffungswesen die längst fällige Harmonisierung

bringen wird, ist fraglich. Das geplante «Konkordat über die Harmonisierung der Baubegriffe und Messweisen» bleibt auf halbem Weg stehen. Die Schweiz weist einen

«Die Schweiz weist einen Reformstau auf»

Reformstau auf. Es sind kaum wirksame Kräfte auszumachen, welche die Entwicklung zum Binnenmarkt Schweiz wesentlich fördern würden. Unter diesem Rückstand



	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bund	18.6%	20.9%	18.8%	18.8%	19.6%	21.1%	24.6%	27.6%	25.7%
Kantone	32.4%	31.6%	34.9%	34.8%	38.1%	38.2%	33.7%	35.2%	35.3%
Gemeinden	40.9%	39.2%	38.2%	39.4%	38.4%	35.3%	36.7%	33.2%	34.4%
Versorgungsbetriebe	8.1%	8.3%	8.1%	7.0%	4.0%	5.4%	5.0%	4.1%	4.6%

Gratik: SBV

Quelle: KOF

leidet die Bauwirtschaft in besonderem Mass, weil der Bau einen der Bereiche darstellt, der noch grösstenteils zum Hoheitsbereich der Kantone gehört.

Weiteren Anschauungsunterricht für den dringenden Handlungsbedarf gibt der Vollzug des Umweltschutz- oder des Unfallversicherungsgesetzes. Dieser liegt in vielen Fällen in der Verantwortung der Kantone. Eine gesamtschweizerische Verbindlichkeit fehlt. Die Unterschiede zwischen Kantonen sind, insbesondere auch was die Kontrolle betrifft, zum Teil enorm. Dies führt zur Abschottung von Märkten und damit zu Wettbewerbsverzerrungen und zu einem ineffizienten Einsatz der Ressourcen. Diese müssen von den Anbietern immer wieder auf neue Gegebenheiten eingestimmt werden. Die Erarbeitung von Vollzugshilfen, deren Kommunikation und die konkrete Umsetzung erfordert aber auch seitens der Regulatoren einen enormen Aufwand. Kleinkantone stossen hier an ihre Grenzen.

Der Preisüberwacher¹⁾ hat es kürzlich auf den Punkt gebracht: «An den hohen Preisen ist nicht irgendein böser Konzern, sondern eine unsägliche, historisch gewachsene Flut von Detailregelungen schuld, welche bei uns unter dem Deckmantel der «Sicherheit» entstanden ist». Oder: «Unsere Regulatoren wollen immer sicherer, sauberer, besser und umweltfreundlicher sein als alle anderen Länder um uns herum.» Die Motivation für diese schweizerische Überregulierung ist zum Teil geprägt von der Angst von Verwaltungsstellen, von einer Deregulierung im eigenen Arbeitsbereich betroffen zu sein.

In der Bauwirtschaft hat man den Eindruck, dass die politischen Behörden mit unterschiedlichen Ellen messen. Einerseits erwarten sie von der Bauwirtschaft immer mehr Wettbewerb und günstigere Leistungen. Andererseits halten sie selbst an Strukturen fest, welche das Ausschöpfen von Rationalisierungspotenzialen erschweren oder verunmöglichen. Eine Öffnung ist überfällig und sollte in Kenntnis der nicht unbedeutenden mittel- und längerfristigen Nachteile des heutigen Zustands für einen ganzen Wirtschaftszweig eigentlich nicht schwer fallen.

Begrüssenswerte Ansätze

Der Dachverband der Schweizer Bauwirtschaft bauenschweiz hatte in letzter Zeit Gelegenheit, in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliederverbänden zu zwei wettbewerbsrelevanten Geschäften Stellung zu nehmen: Vorarbeiten für die Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen

(BöB) und die Revision des Binnenmarktgesetzes (BGBM). Zum **BöB** verlangt *bauenschweiz*, dass das neue Beschaffungsrecht auch eine starke formelle Vereinheitlichung in der ganzen Schweiz, das heisst in den Gemeinden, in den Kantonen und im Bund gewährleisten. Und zum **BGBM** hat sich *bauenschweiz* mit gewissen Vorbehalten klar für die Schaffung eines echten bauwirtschaftlichen Binnenmarktes ausgesprochen. Der zunehmende Wettbewerbsdruck dürfe aber nicht zu einer unkontrollierten Nivellierung auf einem tieferen Qualitätsniveau führen. Für die Schaffung der notwendigen Regelung (z.B. Qualifizierung der Anbieter) müssen die bestehenden Instrumente (z.B. das REG oder andere in der Praxis bewährte Lösungen) genutzt werden. Die kantonalen und kommunalen Monopole sind dem BGBM zu unterstellen.

Abbau von Wettbewerbsverzerrungen: mehr Verbindlichkeit gefordert

Die Vorteile grösserer Märkte gelten auch für die Bauwirtschaft. Diese erwartet deshalb von den Kantonen und Gemeinden ein

«Gesetzesflut hat Rechtszersplitterung im Beschaffungswesen bewirkt»

Engagement in Richtung Abbau von Hindernissen, Vereinfachung und Vereinheitlichung von Verfahren, Beschleunigung von Abläufen. Zwar arbeiten nur wenige bauwirtschaftliche Anbieter gesamtschweizerisch, hingegen sind viele – auch kleinere Firmen – immer häufiger in mehreren Kantonen tätig. Und dieser Trend nimmt zu. Unterschiedliche kantonale oder kommunale Regelungen beeinträchtigen jedoch den Wettbewerb, führen zu teureren Lösungen und stellen die Anbieter vor schwierige Probleme, weil sich die Mitarbeiter in jedem Marktgebiet wiederum neu ausrichten müssen. Die Folge sind auch höhere Schulungskosten.

Zum Submissionsrecht und zur Vergabepraxis weist Prof. A. Menzl²⁾ von der Universität St. Gallen darauf hin, dass in den letzten 10 Jahren mehrere Bundesgesetze, nicht weniger als 26 kantonale Gesetze, zahlreiche Verordnungen und zwei kantonale Konkordate entstanden sind, die zu einer enormen Rechtszersplitterung geführt haben. Er bezeichnet aber die unterschiedliche Vollzugspraxis als das noch grössere Problem. Die kantonsspezifischen Anwendungsregeln erschweren die geographische Ausdehnung von Geschäftsaktivitäten und treiben die Kosten unnötig in die Höhe. Wer hier offenen oder verdeckten «Heimatschutz» betreibt, setzt mittel- und längerfristig auf die falsche Fährte. Die Bedeutung grenzüberschreitender Märkte wird zunehmen, nicht primär wegen tieferer Löhne, sondern in erster Linie, weil die Anbieter Kostenvorteile erzielen wie z.B. durch optimaleren Einsatz der personellen und maschinellen Kapazitäten, den Ausgleich regional unterschiedlicher Konjunkturverläufe sowie Spareffekte dank grösserer Produktionsmengen. Dank der Marktgrösse ist eine effizienzsteigernde Konzentration auf Kernkompetenzen möglich, welche eine kontinuierliche Ausdehnung des Marktumfeldes erlaubt.

Wettbewerbles Verhalten der öffentlichen Hand

Diese Strategien betreiben auch die ausländischen Konkurrenten in ihrem Binnenmarkt. Mit ihrer Präsenz in unserem Land ist deshalb vor allem dann zu rechnen, wenn die Wettbewerbsfähigkeit mangels fehlender Innovationen nicht im Gleichschritt weiterentwickelt wird. Die Bauwirtschaft braucht deshalb eine Stärkung des Binnenmarktes Schweiz. Es genügt nicht, wenn lediglich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefördert wird. Auch die Regulatoren und die öffentlichen Beschaffungsstellen müssen mithelfen, das in ihrer Hand liegende öffentliche Beschaffungswesen effektiv und effizient abzuwickeln und damit zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Schweiz beizutragen.

Planer zur Revision des öffentlichen Beschaffungsrechts

Zur Ausschreibung von intellektuellen Dienstleistungen

«Der Preiswettbewerb ist kein Verfahren für die Vergabe von intellektuellen Dienstleistungen.» Dies betonte Elisabeth Vogt, Projektleiterin der Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BoeB) und Geschäftsleiterin der Beschaffungskommission des Bundes, im Rahmen einer Aussprache in Bern. Angeregt durch

Dr. Gustave Marchand, Direktor des Bundesamtes für Bauten und Logistik (BBL) und Vorsitzender der Koordination der Baufachorgane des Bundes (KBOB), nahmen daran Vertreter der Gruppe Planung von *bauenschweiz* teil.

Der Begriff der «intellektuellen Dienstleistungen» ist von Seite der Planer klar defi-

¹⁾ Aussage von Rudolf Strahm gemäss CASH 10.02.05

²⁾ Vortrag von Prof. Andreas Menzl an der Tagung «Allianz der Bauindustrie-Organisationen – Forum 2005 Marktöffnung, Chance für die schweizerische Bauwirtschaft?»

niert. Es handelt sich um Dienstleistungen, die sich nicht im Voraus vollständig definieren lassen, die einen markanten intellektuellen Charakter aufweisen, von den Dienstleistenden eine hohe Qualifikation sowie Unabhängigkeit verlangen und einen regen Dialog mit dem Auftraggeber erfordern. Dr. Alfred Hagmann, Präsident der Gruppe Planung bauenschweiz, Daniel Kündig, Präsident SIA, und Hans Abicht, Präsident usic, beantragten, diese Definition stufengerecht in das BoeB und die entsprechende Verordnung VoeB aufzunehmen.

Die aktuelle gesetzliche Regelung in BoeB und VoeB ist einseitig ausgerichtet, weil sie sich zu sehr auf die Vergabe von Aufträgen für standardisierte, präzise umschriebene Produkte konzentriert. Dies lässt keinen Raum für Innovationen und für Diskussionen und Lernprozesse der Beteiligten. Darüber war sich die Runde einig. Um den

Leistungswettbewerb zu fördern, bedürfte es bei der Vergabe intellektueller Dienstleistungen spezifische Konkurrenzarten, wie beispielsweise Projekt-, Ideen- und Gesamtleistungswettbewerb, Zweiküvertverfahren, wettbewerbliche Verhandlungen und funktionale Ausschreibungen. Die Planer präsentierten eine Matrix dieser Konkurrenzarten und der offenen, selektiven oder freihändigen Verfahren, die im Regelwerk zur Klärung beitragen und deshalb darin aufgenommen werden sollen.

Die an diesem Gespräch Teilnehmenden vertraten übereinstimmend die Meinung, dass die Harmonisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen des öffentlichen Beschaffungswesens zwischen Bund und Kantonen möglichst weit gehen soll. Die Planer hielten fest, dass bei den Eignungskriterien aus Gründen der Effizienz ein Standardisierungsbedarf besteht. Für intellektuelle Dienstleistungen ist ein Eintrag in das REG A

als Voraussetzung zu prüfen. Ein anderer Nachweis der Eignung müsste dabei offen bleiben. Zudem soll in Übereinstimmung mit einem Gutachten von Prof. Jean-Baptiste Zufferey (Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg) der Projektwettbewerb zu einer freihändigen Vergabe führen. Die KBOB ihrerseits ist bestrebt, die Schwellenwerte für die freihändige Vergabe von Planerleistungen zu erhöhen. Die Vertreter der Gruppe Planung von *bauenschweiz* unterstützen dies.

Die verschiedenen Facetten der Ausschreibung intellektueller Dienstleistungen werden nun in Zusammenhang mit der entsprechenden Revisionsvorlage präzisiert. Wie die Gruppe Planung von *bauenschweiz* feststellt, sind zwar die Diskussionen darüber um wesentliche Schritte vorangekommen, doch wird eine weitere Gesprächsrunde nach Vorliegen von konkreten Ansätzen sinnvoll sein.

Netzwerk Erhaltung ins Leben gerufen

Gebrauchstauglichkeit des Bauwerks Schweiz sicherstellen

Zur Erhaltung des Bauwerks Schweiz, in das enorme Investitionssummen eingebunden sind, besteht Handlungsbedarf. Da für dessen nachhaltige Bewirtschaftung aber bedeutend weniger Unterhaltsaufwand betrieben wird als notwendig, will sich der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein SIA aus ganzheitlicher Sicht dieses Themas annehmen.

In einem Workshop «Erhalten von Bauwerken» mit einem Dutzend Referenten gingen kürzlich rund vierzig Fachleute der Bereiche Eigentümer, Betreiber, Nutzer sowie aus der Sicht von Planung und Ausführung, ebenso wie Normenschaffende und Politiker den einschlägigen Fragen nach. Sie wollten klären, ob Lücken in Bezug auf Begriffe, Methoden, Instrumente der Normierung bestehen und ob wir ergänzender Kriterien und Normen für den Erhalt von Bauwerken bedürfen.

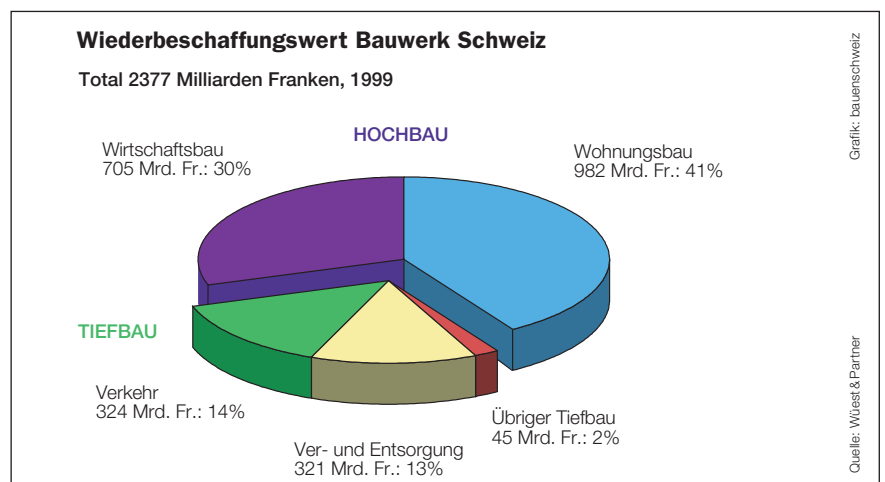
Die vom Beratungsunternehmen Wüest & Partner, Zürich, ermittelte Summe eines Wiederbeschaffungswertes aller Bauten für Wohnen, Arbeiten, Unterricht, Verkehr und Infrastruktur von 2,4 Billionen Franken entzieht sich dem Vorstellungsvermögen. Ingenieur Peter Rapp, Präsident der Zentralkommission für Normen und Ordnungen des SIA, rechnete vor, dass für einen die Bausubstanz sichernden Unterhalt jährlich 1,5% dieses Anlagewertes aufzubringen sind. Dies entspricht einem Unterhaltsvolumen von 36 Milliarden Franken pro Jahr bzw. gut 80 Prozent der gesamten gegenwärtigen Bauinvestitionen unter Einschluss der Neubauten. Um einen gebrauchtauglichen Unterhalt zu gewährleisten, fehlen auch – wie die Erfahrung zeigt – geeignete Arbeitshilfsmittel und Unterlagen. Zudem geht es darum, den Entscheidung der Eigentümer für Unterhalt und Pflege zu unterstützen.

Vor dem geschilderten Hintergrund ist durch Politik, Fachgremien und auch den SIA zu erörtern, ob und inwieweit in Bezug auf diese Erhaltung der Bausubstanz neue und zusätzliche Standards wie beispielsweise Normen notwendig sind. Wenn es gelänge, durch Normen – umfassend verstanden als Regeln der Baukunde, Mittel zur Verständigung, zur Harmonisierung und als Arbeitshilfsmittel – auch nur 1 Prozent einzusparen, würden jährlich 360 Millionen Franken frei. Dies rechnete Rapp vor und warnte gleichzeitig: Wenn neue Normen dazu führen, dass ohne Gegenwert einfach

teurer renoviert wird, stehen sofort grosse Summen auf dem Spiel.

Zukunftsgerichtete Standards sind nötig

Unter der Gesprächsleitung von Philipp Rietmann, Präsident der Kommission für Infrastruktur- und Umweltnormen (KIU), Zürich, beschäftigten sich die Workshop-Teilnehmer detailliert mit der Frage, wie weit die Normen des SIA oder die Baunormen generell auch auf die Problematik des Unterhalts ausgerichtet sind. Dabei zeigte sich klar, dass



der Aspekt der Erhaltung in den vorhandenen Arbeitshilfen nicht einfach ausgeblendet bleibt.

Professor Peter Marti (ETH Zürich) betonte denn auch, dass gerade die neuen Tragwerknormen des SIA (Swisscodes) ausdrücklich Neubau und Erhalt einbeziehen. Das führt zur Frage, ob es für die Belange des Erhalts von Bauwerken tatsächlich eigene und neue Normen braucht. Aus der Diskussion ging hervor, dass nicht klar definiert ist, was Unterhalt und was Erhaltung ist. Unter Umständen löst laufender Routineunterhalt kostenintensive Sanierungen oder Nachrüstungen aus. Abgrenzungen sind nicht immer klar, beispielsweise inwiefern die «laufende Pflege» in die Bewirtschaftung, in das engere Facility-Management also, eingreift. Zudem sind im Unterhaltswesen nicht immer dieselben Akteure wie im Neubaubereich anzutreffen.

Fehlende Ausbildung für die Bauwerkerhaltung

Im Bereich der Tragwerknormen bereitet der SIA ein grösseres Projekt für neue Normen unter dem Titel «Erhaltung von Tragwerken» vor. Das sind aber noch nicht die mit dem Ausbau und der Haustechnik usw. ausgestatteten Bauwerke. Am Workshop waren sich die Teilnehmer einig, dass grundsätzliche Fragen zu klären sind, bevor auch in anderen Bereichen – dem Hochbau generell, in Haustechnik, Energie und Infrastruktur – ähnliche Projekte angegangen werden.

Das Bauwerk Schweiz stellt nicht nur einen hohen Geldwert dar. Gerade bei der hohen Dichte von Bauten und mit den beschränkten Platzverhältnissen der Städte und Agglomerationen ist es besonders wichtig, das Erhalten der Bausubstanz attraktiv zu fördern. Mit jeder diesbezüglichen Effizienzsteigerung kann ein beträchtlicher volks-

wirtschaftlicher Nutzen erzielt werden. Kosten treibende Hürden, seien sie gesetzlicher, normativer oder administrativer Art, müssen dabei wirksam vermieden werden. Sonst kann es dazu kommen, dass neue Billigbauten gefördert werden und an sich noch brauchbare bestehende Bausubstanz zu früh niedrigergerissen wird.

Dies drückte Philipp Rietmann in seinem Fazit zum Workshop plakativ aus, indem er meinte, eine eigentliche «Übernorm» strebe niemand im Ernst an. Gefragt sind nach wie vor Sachverstand und Erfahrung. Was jedoch fehlt, ist eine systematische Ausbildung im Bereich Erhalt von Bauwerken. «Wir können überall lernen, wie neu zu bauen ist, doch wir können kaum irgendwo erfahren, was für den Erhalt dieses Gebauten richtig und gut ist.» Dementsprechend wird sich der SIA als Koordinationsstelle zum Thema Erhaltung anbieten und das aufgebaute Netzwerk Erhaltung weiter pflegen.

Konjunkturbilanz der Bauwirtschaft zur Jahresmitte

Verbesserter Auftragsbestand im Baugewerbe

Positive Indikatoren aus der Bauwirtschaft stützen die Entwicklung des Konjunkturbarometers auch im zweiten Quartal dieses Jahres. Nach den Feststellungen der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) hielt im Projektierungssektor und im Baugewerbe die leicht verstärkte Aktivität an. Markant zugenommen haben im ersten Halbjahr die Wohnbautätigkeit und die Zementlieferungen.

Gemäss den Ergebnissen der im Juli und August durchgeführten KOF-Konjunkturumfrage hat sich das Wachstum in der Schweizer Wirtschaft nicht mehr weiter abgeschwächt. Für das dritte Quartal 2005 erwarten der Projektierungssektor und das Baugewerbe eine Fortsetzung der steigenden Nachfrage. Die Erwartungen gehen dahin, dass im Bauhauptgewerbe gemäss KOF für die nächsten drei Monate mit einem stagnierenden Auftragszugang und für die nächsten sechs Monate mit einem Rückgang gerechnet wird. Demgegenüber erwartet das Ausbaugewerbe für den kommenden

Zeitraum bis Ende 2005 eine verstärkte Nachfrage.

Planung und Projektierung

Von den Projektierungsbüros beurteilt eine grosse Mehrheit die aktuelle Geschäftslage als befriedigend bis gut. Es wird ein konstanter oder zunehmender Auftragsbestand bei stabilen Bausummen und Honoraransätzen festgestellt. Bei der Erhebung zur Beschäftigungslage im zweiten Quartal 2005, welche von der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) im Auftrag des SIA durchgeführt wird,

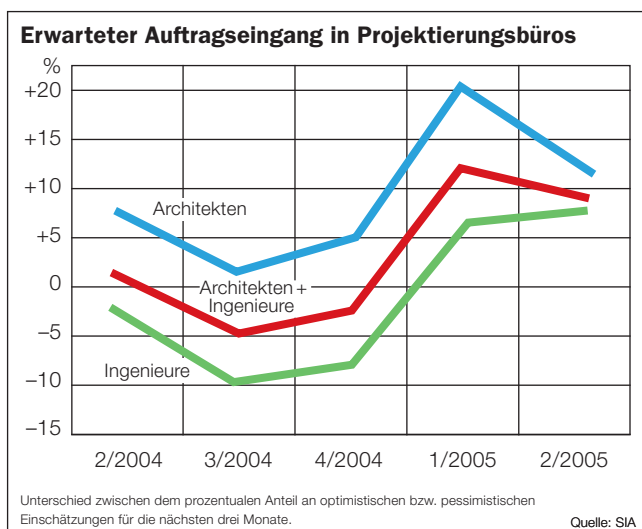
Architekturbüros gehen mit einem leicht verbesserten Auftragsbestand einher.

Auch die *Ingenieurbüros* beurteilen die Geschäftslage mehrheitlich gut oder zufriedenstellend. Die erbrachten Leistungen erhöhten sich laut der Erhebung von KOF/SIA insgesamt stark. Die Bausummen der bearbeiteten Projekte verringerten sich leicht, hauptsächlich aufgrund des anhaltend schwachen Wirtschaftsbaus. Zwar haben sich die Nachfrageerwartungen der Ingenieurbüros insgesamt verbessert, doch melden sie eine spürbare Abnahme beim Wohnungsbau und ein minimales Wachstum des öffentlichen Baus.

Bauhauptgewerbe

Der *Hochbau* erfreut sich dank weiterhin starker Wohnbautätigkeit starker Umsatz-zunahmen, wohingegen im *Tiefbau* der Sparkurs der öffentlichen Hand durchschlägt und zudem mit vermehrtem Preisdruck gerechnet werden muss.

Die nominellen Umsätze im Schweizer Bauhauptgewerbe belaufen sich im zweiten Quartal 2005 auf rund 4,4 Mrd. Franken. Das entspricht einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahresquartal von etwa 7% (+300 Mio. Franken). Gemäss Erhebung des Schweizerischen Baumeisterverbandes (SBV) war diese Entwicklung zu erwarten gewesen, da die Bauvorhaben im ersten Quartal auf ein



Umsatzwachstum im zweiten Quartal hatten schliessen lassen.

Der Wachstumsmotor dieser positiven Entwicklung ist wie schon während der letzten Jahre der private Wohnungsbau. Rund zwei Drittel der Umsatzzunahme fallen dem Wohnungsbau zu, der Rest ist auf den erstarkenden Wirtschaftsbau zurückzuführen.

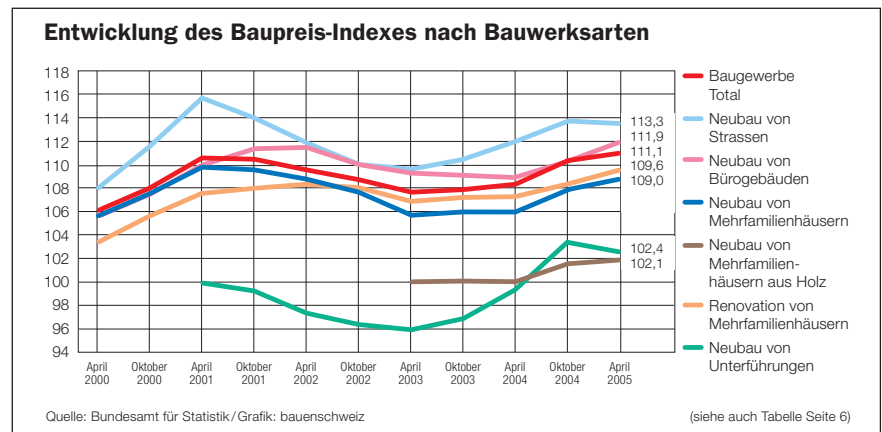
Bei den Tiefbauausgaben, die massgeblich (bis zu 90%) durch öffentliche Mittel finanziert werden, ist der Sparkurs der öffentlichen Hand spürbar. Nach der Erhebung des SBV weisen die Umsätze des öffentlichen Baus einen nominellen Rückgang von knapp 5% (rund 100 Mio. Franken) auf. Dies bewirkt eine Stagnation der Tiefbauausgaben (1,9 Mrd. Franken im zweiten Quartal 2005). Die Höhepunkte der NEAT-Aufträge sind überschritten, und die Entlastungsprogramme 03 und 04 des Bundes zeigen anscheinend ihre Wirkung, heisst es in der Analyse des SBV.

Bei der Bautätigkeit sind grosse regionale Unterschiede festzustellen: So verzeichnen unter anderem die Kantone Zug, Freiburg, Baselland und -Stadt und Graubünden überdurchschnittliche Zuwächse, die Kantone Aargau und Neuenburg schneiden dagegen schlecht ab. Der Personalbestand im Bauhauptgewerbe hat sich laut SBV innert Jahresfrist um rund 1% verringert und lag am 1. Juli 2005 hochgerechnet bei 83 000 Personen (inkl. technisch-betriebswirtschaftliches Personal und Lehrlinge). Obwohl die Beschäftigung im Baugewerbe seit geraumer Zeit abnimmt, ist gemäss Creditreform die Anzahl Unternehmen im gesamten Baugewerbe im ersten Halbjahr 2005 gestiegen (+3,2%). Dies weist darauf hin, dass die durchschnittliche Unternehmensgrösse im Baugewerbe kleiner wird und der Wettbewerbsdruck wegen der wachsenden Zahl von Anbietern weiter zunimmt.

Ausbau und Gebäudehülle

In den Branchen *Sanitär, Heizung/Klima, Gebäudehülle, Elektroinstallation, Boden-, Wand-, Deckenbeläge sowie Schreinerei und Stahlbau* verlief die Konjunktur im zweiten Quartal unterschiedlich, doch ist generell ein positiver Trend festzustellen. Gemäss den Erhebungen des *suissetec*, des Schweizerisch-Liechtensteinischen Gebäudetechnikverbands, hat sich in der Sanitärbranche der im ersten Quartal festgestellte positive Trend fortgesetzt und sogar noch verstärkt. Im Bereich Heizung/Klima hat sich zwar die Geschäftslage nochmals verbessert, hingegen zeigen die Indikatoren Auftragsbestand und Auftragseingang eine Verschlechterung.

Im *Stahl- und Metallbau* haben sich nach einer Verbesserung des Bestelleingangs und des Auftragsbestands im ersten Vierteljahr 2005 diese Indikatoren im zweiten Quartal wieder verschlechtert. Diese Tendenz entspricht gemäss den Feststellungen der Schweizerischen Metall-Union (SMU) dem



saisonalen Auftragszyklus der Branche und stellt keine grundsätzliche Kehrtwende dar. Erfreulich ist, dass sich die Verkaufspreise und damit die Ertragslage etwas verbessert haben. Das kann auch aus der *Schreinereibranche* gemeldet werden, wo der Verband Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten (VSSM) nach drei negativen Quartalen eine positive Veränderung feststellt.

Fassadenindustrie

Die heimische Fenster- und Fassadenindustrie erleidet im laufenden Jahr erneut einen schwachen Dämpfer, bevor sie ab 2006 langsam durchstarten dürfte. Einzig der Bereich Erneuerung verfügt über ein wachsendes Potenzial und könnte zur treibenden Kraft der Branche werden. Diese vorsichtig optimistische Prognose geht aus einer im Auftrag des Fachverbands der Schweizerischen Zentrale Fenster und Fassaden (SZFF) von der Wüest & Partner AG durchgeführten Marktanalyse hervor. Diesem rauen Marktumfeld begegnet die Branche einerseits mit geballter Innovationskraft, andererseits mit technologischen Spitzenleistungen. Bei den Büro- und Gewerbebauten, wo der Einsatz von Metallfassaden am stärksten zum Tragen kommt, sollte 2005 aufgrund der steigenden Anzahl Baugesuche und -bewilligungen die Talsohle erreicht werden.

Vom gesamten Fassadenbestand in der Schweiz entfallen gegen 11 Prozent oder 75 Mio. m² auf Metallfassaden, davon sind rund 33 Mio. m² hochwertige Metall-/Glasstrukturen. Das Potenzial von Metallfassaden im Neubau liegt gegenwärtig bei rund 650 000 m². Der gesamte Ersatz- oder Erneuerungsbedarf wird auf 930 000 m² geschätzt, sodass zusätzlich zu den neu zu erstellenden Fassaden noch etwa 380 000 m² an Sanierungen hinzukommen werden. Davon werden rund 115 000 m² das Teilsegment der hochwertigen Metall-/Glaskonstruktionen betreffen.

Produktion und Handel

Die *Zementindustrie* konnte im zweiten Quartal 2005 eine markante Absatzzunahme verzeichnen. Dabei haben sich die Inlandlieferungen der schweizerischen Zement-

werke gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um 14,1 Prozent erhöht. Gesamthaft ist per Mitte des Jahres eine Steigerung um 8,1 Prozent von 1,894 Mio. t auf 2,047 Mio. t zu verzeichnen. Davon wurden 48,9 Prozent mit der Bahn ausgeliefert; der Anteil des Sacktransports betrug noch 5,8 Prozent. Diese markante Lieferzunahme dürfte nach Angaben der *cemsuisse*, Verband der Schweizerischen Zementindustrie, in erster Linie auf ein volumenmässiges Wachstum der Bauwirtschaft – insbesondere im Hochbau – zurückzuführen sein. Per Ende 2005 wird mit einer Erhöhung des Zementabsatzes von rund 6% gegenüber dem Vorjahr gerechnet.

Fazit und Ausblick

Die Aussichten im Planungssektor werden für die nächsten drei Monate von den Architekturbüros als zuversichtlich beurteilt und bei den Ingenieurbüros haben sich die Nachfrageerwartungen verbessert. Allgemein wird gemäss der neuesten KOF-Konjunkturumfrage mit einem fortgesetzten Anstieg des Auftragseingangs gerechnet.

Der Trend im Bauhauptgewerbe zeigt für das dritte Quartal 2005 eine gesamtschweizerische Zunahme der Bauvorhaben. Dies ist gemäss der Beurteilung durch den Schweizerischen Baumeisterverband nicht nur auf die höheren Auftragseingänge im Hochbau zurückzuführen, wo ein Plus von rund 8 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal erwartet wird, sondern auch auf die Zunahme im Tiefbau. Auf mittlere Frist ist die Tendenz laut SBV jedoch eindeutig: Umsatzzuwächse im Hochbau, Rückgänge im Tiefbau. Die Arbeitsvorräte per 1. Juli 2005 waren im Hochbau um 13,4% höher und im Tiefbau um 2,9% geringer als im letzten Jahr, sodass deshalb ein vermehrter Preisdruck im Tiefbau zu erwarten ist.

Die Branchen der Stammgruppe Ausbau und Gebäudehülle sehen für das zweite Halbjahr 2005 eine weitere Verbesserung angesichts des erwarteten Aufschwungs der Gesamtwirtschaft. Besonders in den Branchen Sanitär, Heizung und Klima wird eine allgemein positive Entwicklung anhalten, ebenso im Elektro-Installationsmarkt.

Baukonjunktur-Barometer

Laufende bauwirtschaftliche Kennziffern	1.7. 2004	1.10. 2004	1.1. 2005	1.4. 2005	1.7. 2005	1.7. 2004	1.10. 2004	1.1. 2005	1.4. 2005	1.7. 2005
Planung Quartalerhebung KOF/SIA	Auftragsbestand¹					Beschäftigte²				
Insgesamt	-5	-3	-4	-6	-1	-6	±0	±0	±0	1
- Architekturbüros	-3	-2	-2	-1	-1	-8	±0	-2	-3	±0
- Ingenieurbüros	-7	-5	-4	-4	±0	-4	3	3	1	3
Bauhauptgewerbe Quartalerhebung SBV										
Insgesamt	-2	-5	-2	3	3	-1	1	2	-1	-1
- Hochbau	9	20	22	18	13	Schweizer				
Wohnungsbau	15	18	20	22	17	2	2	3	1	-2
Übriger Hochbau (insb. Wirtschaftsbau)	-12	15	29	14	14	Ausländer				
- Tiefbau	-7	-16	-14	-6	-3	-2	±0	2	-3	-1
- Öffentlicher Bau	-6	-14	-13	-5	-4	davon Kurzaufenthalter				
- Privater Bau	7	15	22	17	15	-10	-6	-5	-5	2
Ausbau und Gebäudehülle	Urteil aktuelle Geschäftslage³					Reichweite Auftragsbestand in Monaten				
Boden-, Wand-, Deckenbeläge (ISP)	12.5	12.0	15.5	21.0	28.5	3.0	2.5	3.0	3.5	3.5
Sanitärgerwerke (suissetec)	12.0	22.0	-1.5	2.0	34.0	4.5	5.0	4.0	5.0	5.0
Heizungsgewerbe (suissetec)	19.5	44.0	38.5	12.0	72.0	5.5	4.5	5.0	5.5	4.5
Dachdeckergewerbe (SVDW)	-11.0	-16.0	-5.5	55.0	27.5	2.5	3.0	3.5	3.0	3.0
Elektroinstallationsgewerbe (VSEI)	-1.0	-1.0	2.5	6.0	10.0	3.0	3.0	3.0	2.5	4.5
Maler- und Gipsergewerbe (SMGV)	3.0	9.5	-2.5	16.0	30.5	3.5	3.0	3.5	4.0	3.5
Industrie	Veränderung Ertragslage³					Reichweite Auftragsbestand in Monaten				
Metallbaugewerbe (SMU)	3.0	-57.5	-52.0	-60.0	11.5	3.0	3.5	3.0	3.5	3.5
Schreinergerwerke (VSSM)	16.0	9.5	1.0	-21.0	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
Produktion und Handel	Auftragsbestand¹					Beschäftigte²				
Baumaschinenfabrikation und -handel (VSBM)	5	26	36	9	-4	-5	-5	-5	-5	-5
Zementlieferungen	Inlandlieferungen und prozentuale Abweichung vom Vorjahresquartal									
Verband der Schweiz. Cementindustrie (cemuisse)	2. Quartal 2004		3. Quartal 2004		4. Quartal 2004		1. Quartal 2005		2. Quartal 2005	
Lieferungen in Tonnen	1'122'118		1'102'101		958'451		767'345		1'280'568	
Veränderung in % zum Vorjahresquartal	+8,3		+9,2		+2,8		-0,6		+14,1	

bauenschweiz

Entwicklung des Baupreisindex nach Bauwerksarten				
Hauptergebnisse April 2005 Basis Oktober 1998 = 100	Gewichtung in %	Indexstand April 05	Veränderung in % gegenüber	
			Oktober 04	April 04
Baugewerbe Total	100	111,1	0,6	2,6
Hochbau	76	109,6	0,9	2,7
Neubau Bürogebäude	11	111,9	1,2	2,7
Neubau Mehrfamilienhäuser	38	109,0	0,8	3,0
Neubau Mehrfamilienhäuser aus Holz ¹⁾	-	102,1	0,7	2,3
Renovation Mehrfamilien- häuser	27	109,6	1,0	2,4
Tiefbau ²⁾	24	115,8	-0,5	2,1
Neubau Strassen	12	113,3	-0,2	1,4
Neubau Unterführungen ³⁾	12	102,4	-0,8	2,9

¹⁾ Basis April 2003 = 100 (Dieses Objekt gelangt nicht in die Hochrechnung des «Hochbau»).

²⁾ Für die Aggregation wurde der Teilindex «Neubau von Unterführungen aus Stahlbeton» auf Oktober 1998 umbasiert.

³⁾ Basis April 2001 = 100.

Quelle: BIS

¹⁾ Basis: Nominelle Werte in Franken, Veränderung in % zum Vorjahresstand

²⁾ Beschäftigte in Planung, gemäss Erhebung KOF/SIA

³⁾ Differenz zwischen den Anteilen positiver und negativer Meldungen in Prozent

⁴⁾ Werte bei Redaktionsschluss noch nicht verfügbar

⁵⁾ Zahlen werden nicht mehr erfasst

Herausgeber: Geschäftsstelle bauenschweiz
Weinbergstrasse 55, 8035 Zürich
Tel. 043 268 30 40
Fax 043 268 30 44
www.bauenschweiz.ch
info@bauenschweiz.ch

Präsident: Robert Keller, Pfäffikon ZH

Geschäftsführer: Charles Buser

Redaktion: Curt Mayer

Grafische Gestaltung: sihldruck, Druckerei a/d Sihl AG, Zürich

Erscheint vierteljährlich. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten.